

Projekt «Entflechtung 27»

**DeepL-Übersetzung
(Abschnitte 2.1 + 3)**

Arbeitsgruppe 5

Kurzberichte zu den überprüften Themen

Aufgabenbereich Geobasisdaten – Geobasisdaten nach Bundesrecht in Zuständig- keit der Kantone

Ausgaben Bund	wird durch PL ausgefüllt
Ausgaben Kantone	wird durch PL ausgefüllt
Rechtsgrundlagen	SR 510.62 Geoinformationsgesetz SR 510.620 Verordnung über Geoinforma- tion

1. Ist-Zustand

Breite Sichtweise:

Geobasisdaten aller föderaler Stufen. Alle Geobasisdaten, das heisst alle raumbezogenen Datensätze die in Rechtserlassen des Bundes, der Kantone oder der Gemeinden explizit oder implizit gefordert werden.

Enge Sichtweise (im Fokus der kommenden Ausführungen):

Geobasisdaten nach GeoIV Anhang 1. Geobasisdaten eingeschränkt auf Geobasisdatensätze nach Bundesrecht in Zuständigkeit der Kantone, das heisst Geodaten die in Rechtserlassen des Bundes gefordert werden, deren aber Umsetzung und Erfassung

durch die Kantone oder Gemeinden realisiert werden.

Betroffen sind die digitale Erfassung, Harmonisierung und Bereitstellung der rund 80 Geobasisdatensätze nach Bundesrecht in Zuständigkeit der Kantone. Das Geoinformationsgesetz bildet betreffend dieser Geobasisdaten ein Rahmengesetz. Es adressiert Datensätze mit Raumbezug, die in einem Fachgesetz des Bundes geregelt werden und durch die Kantone zu erfassen sind (z.B. Nutzungsplanung, belastete Standorte, Schutzgebiete). Für diese Geobasisdatensätze gelten Zwecks einfacher und digitaler Nutzung Vorgaben für die Erfassung, Datenmodellierung, Publikation, Dokumentation und Bereitstellung.

1.1. Regelungskompetenz

Das Bundesamt für Landestopografie macht übergreifende Vorgaben für Dokumentation, Modellierung, Datenaustausch, Abruf- im Zugriffsverfahren und Standardisierung.

Das Bundesamt für Landestopografie betreibt sachbereichsübergreifende Geodienste gemäss GeoIV Art. 36:

- a. vernetzter Suchdienst für die Geometadaten aller Geobasisdaten;
- b. vernetzter Suchdienst für Geodienste im Sinne nach Artikel 34;
- c. Dienst für die Transformation zwischen den amtlichen Bezugsrahmen (Art. 4);
- d. Dienst für die Transformation zwischen den amtlichen Bezugssystemen und -rahmen (Art. 4 und 5) und anderen geodätischen Bezugssystemen und -rahmen (Art. 6);
- e. vernetzter Zugang zu den Geobasisdaten;
- f. Adressdienste.

Die gemäss Fachgesetzen des Bundes zuständigen Bundesstellen machen Vorgaben für den zu harmonisierenden Dateninhalt, welche die Kantone oder Gemeinden einzuhalten haben. Sie setzen dafür sogenannten «Fachinformationsgemeinschaften», gebildet aus Fach-, Geoinformations- und Modellierungsspezialistinnen und -spezialisten von allen föderalen Stufen ein, die dann Vorgaben für minimale Daten- und Darstellungsmodelle erarbeiten.

1.2. Heutige Aufgabenerfüllung

Die Fachbereiche der **Kantone** erfassen die Daten und müssen sie gemäss den Vorgaben zur Verfügung stellen. Die kantonalen Geoinformationsfachstellen koordinieren die Datenbereitstellung im Kanton und mit den Gemeinden. Die Datenhoheit bleibt bei den Kantonen. Die Kantone haben eine Aggregationsinfrastruktur zur Sammlung und Bereit-

stellung der Geobasisdaten nach Bundesrecht in Zuständigkeit der Kantone aufgebaut.

Der **Bund** ist zuständig für die sachübergreifenden Geodienste gemäss GeolG Art. 13 und GeolV Art. 36, insbesondere vernetzter Zugang zu den Geobasisdaten und Geodienste (inklusive Metadaten).

1.3. Finanzierung

Bei der Datenerfassung, Datennachführung, Datenverwaltung sind vor allem die Kantone oder/und Gemeinden betroffen.

Die Kostenabschätzung ist insofern schwierig, als dass die eigentliche Erfassung der Geobasisdaten über die verschiedenen Fachgesetzgebungen des Bundes bestimmt ist und die Kosten dezentral bei der Datenerfassung in den Kantonen oder Gemeinden im Rahmen der Umsetzung und Erfüllung der Fachgesetzgebung anfallen. So fallen beispielsweise die Kosten für die Geodaten der Nutzungsplanung in der Raumplanung, diejenigen für die Kataster der belasteten Standorte bei der Umweltbehörde an.

Durch das GeolG fallen Kosten erst für die schweizweite Harmonisierung (vor allem betreffend die Datenstruktur, in Ansätzen auch betreffend die inhaltliche Harmonisierung) und für die Bereitstellung der Geobasisdaten an. Hier müssen von den Kantonen, Gemeinden und teilweise auch Dritten (z.B. Wasserversorgungswerke) die Bestimmungen des Geoinformationsgesetzes eingehalten werden. Diese Bestimmungen können auch die eingangs erwähnte dezentrale Datenerfassung betreffen (zusätzliche Informationsinhalte die durch die Fachbehörden erfasst und gepflegt werden müssen).

Die durch das GeolG anfallenden Kosten werden in der Regel durch die Kantone beziehungsweise Geoinformationsfachstellen der Kantone getragen (z.B. Harmonisierung-, Datenumwandlungs-, Dokumentations-, Bereitstellungs-, Koordinationsarbeiten).

1.4. Probleme / Herausforderungen

Die koordinierte Erfassung und Bereitstellung von harmonisierten Geobasisdaten ist Basis für Entscheidungsfindungen in unterschiedlichsten Aufgabenfeldern auf allen föderalen Stufen und nicht beschränkt auf die Aufgaben der öffentlichen Hand (z.B.: Mobilität, Bauen, Infrastruktur, Energie).

Problemfeld 1

Der Nutzen fällt nicht dort an, wo der Aufwand generiert wird. Je umfangreicher und koordinierter die zu liefernden Daten, desto grösser der Nutzen, desto grösser aber auch der Aufwand zur harmonisierten Erfassung und Nachführung. Der Bund kann

strengere Auflagen machen, die Kosten tragen die Kantone oder Gemeinden. Wegen diesem Ungleichgewicht kommen die harmonisierte Erfassung und Bereitstellung nur schleppend voran.

Problemfeld 2

Trotz den erarbeiteten Vorgaben hat die Erfahrung aus 15 Jahren GeolG gezeigt, dass einige grundlegende Geobasisdaten der Schweiz nicht den Anforderungen einer digitalen Gesellschaft genügen. Z.B.: betreffend *once-only*, Flächendeckung, Aktualität, Genauigkeit, Zugänglichkeit. Dieser Problematik kann aber nicht mit einer Entflechtung entgegnet werden, sondern im Gegenteil, sie muss gerade im Sinne einer die föderalen Stufen verbindenden *Co-Creation* und damit einer stärkeren Verflechtung bei der Datennachführung entgegnet werden.

2. Mögliche Varianten

Zur Entflechtung der Verbundaufgaben im Bereich der Geoinformation (Geobasisdaten nach Bundesrecht in Zuständigkeit der Kantone) wurden die nachfolgenden Varianten geprüft:

Bei einer **Variante Bund** würde der Bund nicht nur die Daten in seiner Zuständigkeit erfassen (Anhang 1 GeolG), pflegen und bereitstellen, sondern auch diejenigen deren Zuständigkeit er bisher mittels verschiedener Fachgesetzgebungen an die Kantone delegiert hat. Dies würde die Datenbewirtschaftung stark vereinfachen, weil nur noch eine Stelle zuständig wäre. Diese Variante **wurde aus folgenden Gründen verworfen**:

- Mit einer beim Bund zentralisierten Datenbewirtschaftung würden zwar die Arbeiten stark vereinfacht. Es müssten aber hierzu alle bundesrechtlichen, kantonalen und auch kommunalen Fachgesetze, auf die sich die rund 80 betroffenen Geobasisdatensätze beruhen, angepasst werden.
- Es würde «das Pferd vom Schwanz aufgezäumt». Die betroffenen Geobasisdaten sind das Resultat beziehungsweise sie manifestieren die Vorschriften aus der Fachgesetzgebung. Diese einzig zur Vereinfachung des resultierenden Geodaten anzupassen, würde föderalen und subsidiären Grundprinzipien der Schweiz fundamental widersprechen. So müssten beispielsweise alle Bau- und Raumplanungsgesetze vereinheitlicht werden. Diese Vereinheitlichung muss aus dem Fachbereich und nicht von den Geobasisdaten her initiiert werden.

Bei einer **Variante Kantone** würde der Bund nur noch die Geobasisdaten nach Bundesrecht in Zuständigkeit der Kantone auflisten und die Kantone würden diese konkretisieren (Qualität, Datenmodell, Verfügbarkeit, ...), publizieren und kontrollieren. Diese Variante **wurde aus folgenden Gründen verworfen**:

- Kantone müssten sich selbst koordinieren, kontrollieren und die Daten im Sinne eines gesamtschweizerischen Nutzens harmonisieren. Sie müssen sich hierzu aber weiterhin stark mit den Fachbehörden des Bundes koordinieren, weil diese weiterhin für die Fachgesetzgebung zuständig sind.
- Die koordinierenden und harmonisierenden Arbeiten welche die Swisstopo heute übernimmt, müsste in einer neuen Organisationsform, z.B.: von einem kantonalen Konkordat übernommen und finanziert werden. Es müsste die Rolle Swisstopo in diesem Bereich nachgebildet werden. Ein hoher Aufwand ohne erkennbaren Zusatznutzen.

Variante Verzicht auf die Harmonisierung: es gäbe für Geobasisdaten des Bundesrechts in kantonaler Zuständigkeit keine landesweite gültige Harmonisierungsvorgaben mehr. Diese Variante **wurde aus folgenden Gründen verworfen**:

- Die Daten entsprächen dann nicht den Anforderungen der Digitalisierung und einer Wissensgesellschaft. Geobasisdaten werden für staatliche Aufgaben immer wichtiger – ein Rückzug des Bundes wie auch eine komplette Delegation an die Kantone könnte hier zu problematischen Inkonsistenzen, fehlender landesweiten Harmonisierung und dadurch Innovationsdefiziten und negativen Effekten für die Wirtschaft führen. Die zahlreichen raumwirksamen politischen Massnahmen erfordern für ihre Überwachung harmonisierte Geodaten für die gesamte Schweiz. Geodaten sind heute nicht mehr nur für Kataster und Raumplanung relevant, sondern auch für Klimaanalysen, Mobilitätskonzepte, Katastrophenschutz, Energieplanung, Smart-City-Projekte und vieles mehr.
- Nach unterschiedlichen Interpretationen der Erfassungsrichtlinien föderal erfasste oder nachgeführte Geobasisdaten werden heute von keiner Stelle in einem geregelten Prozess offiziell festgestellt oder gar systematisch bereinigt. Eine allfällige Bereinigung muss folglich stets durch die Endnutzerinnen und Endnutzer erfolgen. Diese dürften in vielen Fällen aber nicht über die notwendigen Informationen verfügen, eine Bereinigung fundiert durchzuführen. Falls Bereinigungen vorgenommen werden, dürften diese aus wirtschaftlichen Überlegungen in der Regel für die eigene Organisation durchgeführt und nur dieser zur Verfügung gestellt werden. Efforts für die Harmonisierung (und potenziell der Qualitätsverbesserung) werden also in der Regel vielfach an unterschiedlicher Stelle geleistet und sie sind aus Sicht des Gesamtsystems der Bereitstellung von amtlichen Geodaten verloren.

Variante gezielte Verstärkung der Zusammenarbeit ← nationales Impulsprogramm

Geobasisdaten: Eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen würde sicherstellen, dass die Daten lückenlos, konsistent, aktuell und nachhaltig verfügbar sind. Eine gezielte Stärkung und Beschleunigung mit zusätzlichen Investitionen und einer effizienten Rollenverteilung zwischen Bund und Kantonen ist der optimale Weg. Auf den Geobasisdaten aufbauende, grundlegende Georeferenzdaten werden mit erhöhten Qualitätsanforderungen in so genannte *Georegister* aufgenommen. Hierzu sind umfangreiche Vorarbeiten getätigt worden und rechtlichen Grundlagen befinden sich in Erarbeitung. Dabei ist für diese Daten vorgesehen, die Zuständigkeiten klarer zu regeln, bestehende Überlappungen zu eliminieren und eine Aufgabenentflechtung vorzunehmen.

Ein nationales Impulsprogramm zur Priorisierung der benötigten, grundlegenden Geobasisdaten – insbesondere der Themenbereiche in Zuständigkeit der Kantone, welche noch nicht harmonisiert umgesetzt wurden – stellt die einzige zielführende Variante dar und wird im Folgenden vertieft.

2.1. Variante 1 : Nationales Programm zur Beschleunigung der Harmonisierung von Geobasisdaten

2.1.1. Stossrichtung

Auf dem Weg zu kohärenten Geoinformationen auf nationaler Ebene: für ein ambitioniertes und zielgerichtetes Harmonisierungsprogramm

Seit dem Inkrafttreten des Bundesgesetzes über Geoinformation (GeoIG) im Jahr 2008 wurden bedeutende Fortschritte bei der Zugänglichmachung und Interoperabilität von Geobasisdaten des Bundesrechts erzielt, für die die kantonale Ebene zuständig ist.

Heute verfügen fast 40 der rund 80 Geodatensätze, für die die Kantone zuständig sind, über ein **gemeinsames Datenmodell**, das eine **Aggregation** auf nationaler Ebene ermöglicht. Allerdings bleibt diese Aggregation formal/strukturell: an Gemeinde- und Kantonsgrenzen bestehen weiterhin semantische (Bedeutung der Attribute) und geometrische (räumliche Ausrichtung) Abweichungen, was die Kohärenz, Interoperabilität und den Mehrwert dieser Daten für die Verwaltung, Wirtschaft und Forschung beeinträchtigt.

Diese nationale Kohärenz ist jedoch genau das, was eine moderne, datengestützte öffentliche Politik erfordert. Deshalb wird vorgeschlagen, einen entscheidenden Schritt zu tun und ein **nationales Programm zur semantischen und geometrischen Harmonisierung der Geobasisdaten des Bundesrechts zu lancieren, für das die Kantone**

zuständig sind.

Warum ist ein nationales Programm notwendig?

Ein Muss für die Effizienz des Staates

Landmanagement, Schutz vor Naturgefahren, Mobilität, Energie, Biodiversität oder Wohnungsbau basieren auf zuverlässigen Geodaten. Kohärente Informationen über die Kantone hinweg sind entscheidend, um **Redundanzen** zu **vermeiden**, die **Koordinati-on** zwischen den staatlichen Ebenen zu **verbessern** und die **Entscheidungsprozesse** zu **optimieren**.

Ein geäussertes Nutzerinnen- und Nutzerbedürfnis

Bundesbehörden, Unternehmen, Planungsbüros, Versicherungen und Forschungsak-teure verlangen nach **homogenen, kontinuierlichen und landesweit vergleichbaren Geodaten**. Diese wachsende Nachfrage kann nicht mehr durch punktuelle oder lokale Lösungen befriedigt werden.

Eine Herausforderung für Souveränität und Innovation

Geobasisdaten sind eine kritische Infrastruktur des 21. Jahrhunderts. Durch die Harmo-nisierung dieser Daten wird die Schweiz ihre **digitale Souveränität** festigen und gleich-zeitig die **Innovation** in den Bereichen Planung, Nachhaltigkeit und territoriale Intelli-genz **fördern**.

2.1.2. Rechtsetzungsbedarf

Um die Wirksamkeit und Legitimität eines nationalen Programms zur Beschleunigung der Harmonisierung von Geobasisdaten des Bundesrechts zu gewährleisten, sind meh-rere gezielte Anpassungen der Rechtsgrundlagen notwendig. Diese Anpassungen be-treffen das Bundesgesetz über Geoinformation (GeolG), seine Ausführungsverordnun-gen sowie gewisse Elemente des sektoriellen Rechts.

Explizite Einführung der Harmonisierungspflicht im GeolG

Das GeolG muss die Forderung nach semantischer und geometrischer Harmonisierung der Geobasisdaten mit kantonaler Verantwortung explizit erwähnen. Diese Verpflichtung kann in Artikel 7 (Pflichten der zuständigen Behörden) aufgenommen und in den Best-immungen zu den Mindestanforderungen (Art. 11) konsolidiert werden, so dass die Harmonisierung zu einer formalen Konformitätsbedingung wird.

Schaffung einer Rechtsgrundlage für ein koordiniertes nationales Programm

Ein neuer Artikel soll den Bund ermächtigen, in Zusammenarbeit mit den Kantonen ein nationales Harmonisierungsprogramm zu initiieren, zu steuern und mitzufinanzieren. Dieses Programm könnte auf Programmvereinbarungen basieren, Fristen festlegen und gemeinsame Verantwortlichkeiten definieren. Auf diese Weise könnte die Datenkonsis-tenz in der ganzen Schweiz beschleunigt werden.

Stärkung der Ausführungsvorschriften in Verordnungen

In der Geoinformationsverordnung (GeolV) soll die Harmonisierung als explizites Qualitätskriterium aufgenommen werden. Insbesondere soll die geometrische Kontinuität der Daten über Verwaltungsgrenzen hinweg sowie die Einheitlichkeit der Attribute gemäss den minimalen eidgenössischen Datenmodellen durchgesetzt werden.

Angleichung des sektoralen Bundesrechts

Mehrere sektorielle Gesetze, die Geodaten als Entscheidungsgrundlage verwenden (z.B. in den Bereichen Raumplanung, Umwelt, Landwirtschaft, Naturgefahren), sollten auf das GeolG verweisen und verlangen, dass die verwendeten Daten harmonisiert werden. Dies würde die Querschnittsfunktion der Daten stärken und ihre kohärente Wiederverwendung in der öffentlichen Politik sicherstellen.

Stärkung der Steuerungsrolle des Bundes

Die Aufsichtsrolle des Bundes muss präzisiert werden. Die zuständige Bundesbehörde (wie Swisstopo) sollte in der Lage sein, den Harmonisierungsstand zu überwachen, Empfehlungen auszusprechen und die Aggregation oder Genehmigung von Geodaten von der harmonisierten Konformität abhängig zu machen. Diese Steuerungsbefugnis ist für die Gewährleistung eines einheitlichen Fortschritts zwischen den Kantonen von entscheidender Bedeutung.

Schaffung einer Grundlage für eine anreizorientierte Bundesfinanzierung

Schließlich muss eine gesetzliche Grundlage geschaffen werden, die es dem Bund ermöglicht, den Kantonen Finanzhilfen zur Unterstützung der Harmonisierung zu gewähren. Diese Anreize sind unerlässlich, um die organisatorischen und technischen Anstrengungen, die von den kantonalen Behörden verlangt werden, zu kompensieren.

Diese gezielten Anpassungen des rechtlichen Rahmens werden es ermöglichen, ein nationales Harmonisierungsprogramm auf kohärente, legitime und wirksame Weise zu unterstützen. Sie sind ein wesentlicher Hebel, um die Qualität, Interoperabilität und langfristige Governance der Schweizer Geodaten in einem sich schnell entwickelnden digitalen Umfeld zu gewährleisten.

2.1.3. Finanzielle Auswirkungen

Eine absolute Aussage über die Gesamtkosten der Harmonisierung der Geobasisdaten des Bundesrechts mit kantonale Zuständigkeit ist heute noch nicht möglich.

Das vorgeschlagene Programm zielt darauf ab, die **Harmonisierung der 80 Geobasisdaten des Bundesrechts, für die die Kantone zuständig sind**, innerhalb von zehn Jahren zu beschleunigen und abzuschliessen.

Eine schnelle Budgetschätzung zeigt, dass mit einem einmaligen Durchschnittsbetrag von CHF 1'000'000 pro Datensatz das Ziel erreicht werden könnte. Dies entspricht ei-

nem Investitionsbedarf von **CHF 80 Millionen, verteilt auf zehn Jahre**, was einem **Jahresbudget von CHF 8 Millionen** entspricht - ein bescheidener Aufwand angesichts der erwarteten Wirkung.

2.1.4. Bewertung

Zwanzig Jahre nach der Verabschiedung des GeolG ist es an der Zeit, von einer Logik der Bereitstellung zu einer Logik der Qualität und der Kohärenz überzugehen. Das vorgeschlagene nationale Programm stellt eine strategische, notwendige und verhältnismässige Investition dar, damit die Schweiz endlich über harmonisierte, zuverlässige und interoperable Geobasisdaten auf nationaler Ebene verfügt.

Es handelt sich um einen konkreten Hebel, um die öffentliche Verwaltung zu stärken, den digitalen Wandel zu beschleunigen und Antworten auf die großen territorialen Herausforderungen von morgen vorzubereiten. Dieses Programm zu unterstützen bedeutet, sich für Geoinformationen im Dienste des öffentlichen Interesses, der Widerstandsfähigkeit und der Innovation zu entscheiden.

Die Umsetzung eines nationalen Programms zur Beschleunigung der Harmonisierung der Geobasisdaten des Bundesrechts stellt eine strategische Gelegenheit dar, den Vollzugsföderalismus zu stärken und gleichzeitig den wachsenden Anforderungen an die territoriale Kohärenz, die öffentliche Effizienz und die digitale Gleichheit gerecht zu werden. Im Gegensatz zum Status quo, der von ungleichmässigen und fragmentierten Fortschritten geprägt ist, ermöglicht dieser zwischen Bund und Kantonen koordinierte Ansatz einen den aktuellen Herausforderungen angepassten Reifegrad der Geoinformationen.

Das vorgeschlagene Programm steht voll und ganz im Einklang mit der Logik des Vollzugsföderalismus. Die Kantone behalten ihre Verantwortung für die Produktion, Verwaltung und Nachführung von Geodaten auf ihrem Gebiet, während der Bund eine strategische Koordinationsrolle einnimmt, gemeinsame Standards festlegt und lokale Bemühungen um eine interkantonale Harmonisierung unterstützt. Diese Aufgabenteilung entspricht dem Prinzip der Subsidiarität: Entscheidungen werden so nah wie möglich am Ort des Geschehens getroffen, während gleichzeitig die nationale Kohärenz dort gewährleistet wird, wo es die Kompatibilität erfordert.

In Bezug auf die Fiskaläquivalenz bietet das Programm eine Antwort auf ein latentes Ungleichgewicht. Unter der aktuellen Regelung treiben nur Kantone mit ausreichenden Ressourcen und einem klaren Willen die Harmonisierung voran. Dies führt zu einer zweigeteilten Geografie, die den gleichberechtigten Zugang zu digitalen öffentlichen Dienstleistungen und datenbasierter Governance gefährdet. Das Programm beseitigt diese Ungleichheit durch eine Mitfinanzierung des Bundes, die sicherstellt, dass alle

Kantone unabhängig von ihrer finanziellen Lage zum gemeinsamen Ziel beitragen können.

In Bezug auf die Effizienz ermöglicht dieser Ansatz, schneller eine echte semantische und geometrische Harmonisierung der betroffenen Geodaten zu erreichen. Durch die Festlegung gemeinsamer Fristen, die Förderung des Austauschs von bewährten Verfahren und die Koordinierung der technischen Anstrengungen vermeidet das Programm die derzeitige Verzettlung der Ressourcen und erhöht den Nutzwert von Geodaten in der öffentlichen Politik, bei digitalen Diensten und im Landmanagement.

Auch die Effizienz wird dadurch gesteigert. Durch die gemeinsame Nutzung von Tools, Validierungs- und Transformationsprozessen sowie die Wiederverwendung von kantonsübergreifenden Lösungen können Skaleneffekte erzielt werden. Im Vergleich zum Status quo, bei dem jeder Kanton ohne formelle Koordination seine eigenen Lösungen entwickelt, kann der kollektive Gewinn beträchtlich sein.

Darüber hinaus schafft das Programm eine ausgewogene Anreizstruktur. Die finanzielle Unterstützung des Bundes wirkt als Hebel und ermutigt die Kantone, in die Harmonisierung zu investieren. Der nationale Rahmen klärt die Erwartungen, gewährleistet die Anerkennung der Anstrengungen und bietet Instrumente zur Überwachung. Dieser Mechanismus nimmt Verantwortung wahr, ohne zu zwingen, unterstützt, ohne aufzuerlegen.

Schliesslich bleibt der kantonale Handlungsspielraum erhalten. Die Kantone haben weiterhin die Freiheit, Methoden und Anbieter zu wählen, solange sie die gemeinsamen Standards einhalten. Der föderale Rahmen gibt die Ziele und Vorgaben vor, ohne sich in die konkrete Umsetzung einzumischen.

3. Würdigung und Empfehlungen

Die Untergruppe Geobasisdaten der Arbeitsgruppe 5 des Projekts Entflechtung 27 empfiehlt die **Umsetzung der Variante 1 Nationales Impulsprogramm**.

Dieses Programm erfüllt die folgenden fünf Punkte:

1. **Wechsel zu Qualität und Kohärenz:** Nach 20 Jahren GeolG die Geobasisdaten harmonisieren, damit sie zuverlässig, interoperabel und überall in der Schweiz nutzbar sind.
2. **Kooperativer Föderalismus:** Kantone sind für die Erstellung und Aktualisierung zuständig; Bund garantiert Standards, Koordination und Unterstützung.
3. **Digitale Gleichheit: Bundesfinanzierung,** um eine Schweiz der zwei Geschwindig-

keiten zu verhindern und allen Kantonen die gleichen Handlungsmöglichkeiten zu garantieren.

- 4. **Effizienz und Einsparungen:** gemeinsame Fristen, gemeinsame Werkzeuge und Prozesse, Austausch bewährter Verfahren.*
- 5. **Strategische Auswirkungen:** Stärkung der öffentlichen Verwaltung, Beschleunigung des digitalen Wandels und Vorbereitung auf zukünftige territoriale Herausforderungen.*

Im Vergleich zum Status quo wird dieser koordinierte Ansatz die langsame und uneinheitliche Logik der Einzelfallförderung überwinden und eine wirklich nationale Dateninfrastruktur aufbauen. Er entspricht auch den Grundprinzipien der föderalen Regierungsführung in der Schweiz: Autonomie der Gebietskörperschaften, finanzielle Solidarität und koordiniertes Handeln im Dienste des Gemeinwohls. Kurzum, sie verkörpert eine vollendete Form des kooperativen Föderalismus, der auf Wirkung, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit ausgerichtet ist.